

Kreishaushalt 2006

Infopost : Ausgabe 4

Was bringt uns das NKF ?

„Mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität, mehr Transparenz und Bürgernähe - dies sind Ziele einer grundlegenden Reform der kommunalen Verwaltungen.“

So kann es der Bürger auf der Internetseite des Innenministeriums NRW nachlesen. Das NKF ist in allen Kommunen des Landes bis 2009 verbindlich einzuführen. Der Rhein-Kreis Neuss startet mit dem kommenden Haushalt in das NKF Zeitalter.

Wesentliche Bestandteile des NKF sind:

- outputorientierte Haushaltsgliederung
- Anwendung des doppischen Buchungssystems
- Generelle Orientierung am Kaufmännischen Rechnungswesen (kommunale Besonderheiten ausgenommen)
- Rechnungswesen als Drei-Komponenten-System (Siehe Bild)

Dabei ist die **Ergebnisrechnung** mit dem klassischen Haushaltsplan vergleichbar. Hier werden Ertrag (früher Einnahmen) mit Aufwand (früher Ausgaben) zu einem Jahresergebnis gerechnet. Neu ist jedoch das Abschreibungen und Rückstellungen in der Ergebnisrechnung berücksichtigt werden. Es soll der vollständige Ressourcenverbrauch dargestellt werden. Die Gesamtergebnisrechnung ist in Teilergebnisrechnungen (Pläne) aufgegliedert. Diese werden in Produktgruppen gegliedert. Die

Produktgruppen sind von der Landesregierung weitgehend vorgegeben, können jedoch in Teilbereichen auf die Kommune angepasst werden.

In der **Finanzrechnung** werden alle Zahlungsströme zeitraumbezogen abgebildet. Sie dient im wesentlichen zur Darstellung der Finanzquellen, der Darstellung des Finanzmittelbedarfes, der Darstellung der finanziellen Lage der Kommune und der Bildung von Finanzierungskennzahlen. Auch hier ist eine Unterteilung vorgesehen.

Ergebnis- und Finanzrechnung fließen in die **Bilanz**, der dritten Komponente des NKF.

In der Bilanz wird das Vermögen (Aktiva) mit dem Kapital (Passiva) gegenübergestellt. Ziel ist eine ausgeglichene Bilanz. Zum Start von NKF ist eine Eröffnungsbilanz vorzulegen.

Der Rhein-Kreis Neuss startet in das NKF ohne eine vollständige Eröffnungsbilanz. Es soll eine sog. „Strukturbilanz“ als Basis für den ersten NKF Haushalt herangezogen werden. Wir halten dies für sehr bedenklich.

NKF wirkt auf den ersten Blick komplex. Die Fraktion wird am 7. Februar 2007 mit Herrn Eberhard Kanski vom Bund der Steuerzahler ein NKF Kompaktseminar anbieten.

Am 9.-10. Februar 2007 finden dann unsere ersten NKF Haushaltsberatungen statt.

Jürgen Güsgen



START

Jürgen Güsgen,
Fraktionsvorsitzender
der Kreistagsfraktion
der UWG / Die Aktive

Unsere Infopost möchte Sie kurz und knapp über die wichtige Themen aus unserer Kreistagsarbeit informieren.

Dabei möchte ich in meinem und im Namen meiner Kreistagskollegen unseren sachkundigen Bürgern und unserem Büroteam unter der Leitung von Friedhelm Leese für ihr Engagenent danken. Ohne dies wäre eine solche Arbeit nicht möglich.

Informationsaustausch
In diesem Jahr haben wir den Informationsaustausch der Wählergemeinschaften gefördert. Es gab sehr gute Beispiele, das Informationen über die Fraktion verteilt, und Ziele gemeinsam verfolgt wurden. Die möchten wir 2007 weiter verstärken.

Weihnachten kommt!
In wenigen Wochen starten in NRW die Weihnachtsferien. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame Festtage und einen guten Rutsch in das Jahr 2007.

Wenn Sie weitere Informationen zu einem unserer Beiträge wünschen, oder eine andere Meinung vertreten, sprechen Sie uns bitte an.

Jürgen Güsgen

3.2: Das Drei-Komponenten-System.

NKF





Model des Neubau der ISR

Kurz Berichtet : Internationale Schule

Neubau wird bis zum kommenden Schuljahr fertiggestellt.

Am 21. Oktober 2006 startete der Schulneubau der ISR in Neuss. Bis zum 3. September 2007 soll die neue Schule bereits Bezugsfertig übergeben werden.

Dabei stand eindeutig die Aussenwirkung einer solchen Schule auf international tätige Unternehmen im Vordergrund. Die ISR steht jedoch auch deutschen Kindern offen.

Der Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Neuss haben über eine sog. Patronatserklärung die Finanzierung abgesichert.

Wir hoffen auch, dass die innovativen Konzepte der ISR die öffentlichen Schulträger zum Handeln bringen.

Über diese Erklärung gab es im Kreistag heftigste Diskussionen. SPD, Linke und Grüne lehnten die Patronatserklärung entschieden ab.

Sicher kann die ISR hier im nahen Umfeld eine positive Wirkung erzielen.

Unsere Fraktion hat sich ebenso wie die CDU und FDP für das Projekt ausgesprochen.

Denn eine gute Schulausbildung ist für jedes Kind die Basis für ein erfolgreiches Leben.

Erwin Hartmann

Thema : Wahlrechtsreform

Kommun

Die Wogen der Begeisterung und Entrüstung , je nach Perspektive, schwappen derzeit bei vielen Kommunalpolitikern in NRW über.

Für die Kreistagsfraktion ist es wichtig, dass die Wahl der Landräte und Bürgermeister weiterhin zusammen mit der Wahl der Stadträte und Kreistage erfolgt. Eine Verlängerung der Amtszeit z. B. auf 8 Jahre würde die Stellung der Landräte und Bürgermeister nur künstlich aufwerten.

Die Dauer der Wahlperiode ist dabei ebenso ein zentrales Thema wie die Abschaffung der Stichwahl für Bürgermeister und Landräte.

Weiterhin entstehen bei unterschiedlichen Wahlterminen der Parlamente und der Bürgermeister und Landräte, zusätzliche Kosten für die Bürger.

Die Geister scheiden sich aber besonders an der Festsetzung der Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten, die je nach Gestaltung einen separaten Wahltermin und somit höhere Kosten bedeuten würde. 6 Jahre ?, 7 Jahre?, 8 Jahre ? sind da im Gespräch.

Die Kreistagsfraktion UWG / Die Aktive wird zusammen mit den Wählergemeinschaften Vorschläge erarbeiten, dass Wahlsystem so zu ändern, damit die Einflussmöglichkeit der Bürger gestärkt werden.

Ebenso wird heftig über das Kummulieren und Panaschieren gestritten. Ein Wahlverfahren, dass in der überwiegenden Mehrheit der Bundesländern bereits lange praktiziert wird.

Dabei stehen folgende Themen im Vordergrund :

Die Fraktion UWG / Die Aktive hält es für falsch, dass die Diskussion im Landtag und nicht in den Kommunalparlamenten geführt wird.

- Die Wahlzeit wird für die Kommunalparlamente, Bürgermeister und Landräte nicht verändert.
- Das Kummulieren und Panaschieren wird ermöglicht.
- Die Stichwahlen werden neu geregelt
- Schaffung von Regelungen für kommunale Bürgerentscheide am Wahltag

Erwin Hartmann

Gemeindevahl
STIMMZETTEL
für die Wahl der Vertretung der STADT AHAUS
im Wahlbezirk **19**
am 26. September 2004

Nur eine(n) Bewerber(in) ankreuzen,
sonst ist Ihre Stimme ungültig.

Hier ankreuzen

1	Terstiep, Matthias Bankbetriebswirt Hochstraße 40 48683 Ahaus	Christlich Demokratische Union Deutschlands Enning-Harmann, Rudolf Vorkamp, Thomas Gerwig, Hermann Josef CDU	<input type="radio"/>
2	Willemssen, Gertrud Hausfrau Nelkenweg 25 48683 Ahaus	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dönnebrink, Andreas Fischer, Mathilde Dr. Becker, Thomas SPD	<input type="radio"/>
3	Goerke, Jürgen Lehrer i.R. Hochstraße 29 48683 Ahaus	Unabhängige Wählergruppe Ahaus Homann, Dieter Lange-Rötger, Annette Kersting, Hubert UWG	<input type="radio"/>
5	Müller, Margret Agnes Rentnerin Clemens-August-Straße 5 48683 Ahaus	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Eisele, Dietmar Löhrling, Marion Neumann, Markus GRÜNE	<input type="radio"/>
6	Beckers, Beata Dipl.-Ing. Architektin Windthuk 4 48683 Ahaus	Freie Demokratische Partei Beckers, Andreas Horst, Reinhard Klein, Wolfgang FDP	<input type="radio"/>

Traurig :

Bisher haben die Bürger in NRW bei der Kommunalwahl nur eine Stimme.

„Da wird uns am Ende von der Landesregierung etwas übergestülpt, dass sich für die Arbeit in der Kommune als unbrauchbar erweist.“ So Jürgen Güsgen.

Antrag : Krankenhäuser

Auswirkung der sinkenden Investitionspauschale

In dieser Rubrik werden ihnen in den kommenden Ausgaben

Es wird ihnen Gelegenheit gegeben, die Arbeit und Ziele ihrer UWG den Bei der Verfolgung und Durchsetzung ihrer Ziele wünschen wir der UWG Rommerskirchen viel Erfolg.



Bild Krankenhaus Grevenbroich
Quelle : Rhein-Kreis Neuss



Bild Krankenhaus Dormagen
Quelle : Rhein-Kreis Neuss

Was ist Panaschieren und Kumulieren?

1 Partei A	PA	2 Partei B	PB	3 Wählergruppe C	WGC
101 Kunze, G.	<input checked="" type="checkbox"/>	201 Eirich, M.	<input type="checkbox"/>	301 Becker, G.	<input checked="" type="checkbox"/>
102 Müller, F.	<input type="checkbox"/>	202 Steffen, K.	<input type="checkbox"/>	302 Marx, D.	<input type="checkbox"/>
103 Schaller, W.	<input type="checkbox"/>	203 Eberwein, W.	<input type="checkbox"/>	303 Sinner, P.	<input type="checkbox"/>
104 Franz, D.	<input type="checkbox"/>	204 Probst, S.	<input type="checkbox"/>	304 Graf, K.	<input type="checkbox"/>
105 Lohé, S.	<input type="checkbox"/>	205 Beimar, M.	<input type="checkbox"/>		
106 Grün, A.	<input type="checkbox"/>	206 Schwarz, S.	<input type="checkbox"/>		
107 Hagen, P.	<input type="checkbox"/>	207 Wolf, P.	<input type="checkbox"/>		
108 Wolf, G.	<input type="checkbox"/>	208 Hagemeier, A.	<input type="checkbox"/>		
109 Steiner, K.	<input type="checkbox"/>	209 Konz, S.	<input type="checkbox"/>		
110 Franz, H.	<input type="checkbox"/>	210 Scheuer, E.	<input type="checkbox"/>		
111 Eichner, E.	<input type="checkbox"/>	211 Zinn, H.	<input type="checkbox"/>		
112 Putzner, M.	<input type="checkbox"/>				
113 Schöder, I.	<input type="checkbox"/>				
114 Steffen, G.	<input type="checkbox"/>				
115 Pfeiffer, A.	<input type="checkbox"/>				

Unter **Panaschieren** (frz.: *panacher* = bunt machen, mischen) versteht man bei einer Wahl das Verteilen mehrerer verfügbarer Stimmen durch den Wähler auf Kandidaten unterschiedlicher Listen. Die Stimmen werden bei der Auszählung anteilmäßig an die beteiligten Listen verteilt. Die Möglichkeit zum Panaschieren besteht in der Schweiz bei den Parlamentswahlen der verschiedenen Ebenen und bei Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern in Deutschland.

Das Verteilen von mehreren Stimmen an einen Kandidaten nennt man Kumulieren

Im Gespräch mit....

**Ulrike Sprenger,
UWG Rommerskirchen**



*Arbeitsgespräch :
Ulrike Sprenger, Fraktionsvorsitzende der
UWG Rommerskirchen im Gespräch mit
Jürgen Güssen.*



*Kommunalpolitik darf auch Spass machen!
So wie auf den Inliner-Workshop der UWG
Rommerskirchen im Sommer 2006*

In dieser Rubrik werden Ihnen in den kommenden Ausgaben unserer Infopost die Menschen vorstellen, die vor Ort in den Kommunen, maßgeblich die Politik der Wählergemeinschaften repräsentieren.

Es wird Ihnen Gelegenheit gegeben, die Arbeit und Ziele den anderen Wählergemeinschaften näher zu bringen.

Bewusst wurde die Reihe mit Ulrike Sprenger, der Fraktionsvorsitzenden der UWG Rommerskirchen, begonnen.

Erst im Frühjahr hat Ulrike Sprenger von Ulrike Schauwinhold den Fraktionsvorsitz übernommen, da letztere nach langer erfolgreicher Ratsarbeit aus beruflichen Gründen dieses Amt nicht länger ausüben konnte.

Ulrike Sprenger ist Ernährungswissenschaftlerin und Heilpraktikerin, verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. Sie ist langjähriges Mitglied der UWG Rommerskirchen, die - wie manch andere Wählergemeinschaft - ihren Ursprung in einer Bürgerinitiative hat.

In Rommerskirchen richtete sich diese gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes und später gegen die Umweltbelastungen durch die Metallhütte Schumacher.

Die UWG Rommerskirchen ist durch vier Mitglieder als drittgrößte Fraktion im Rat der Gemeinde vertreten. Die UWG stellt mit Mathias Leufgen einen der stellv. Bürgermeister in Rommerskirchen.

Zeitnahe Themen sind laut Ulrike Sprenger :

- die Weichenstellung für ein Projekt „Mehrgenerationenhaus“
- Frühprävention im Familienbereich – insbesondere Hilfestellung für junge Familien - ,
- die zunehmende Feinstaubbelastung, nicht zuletzt verursacht durch den Bau des BoA-Kraftwerks in Neurath.

Auch die Gebührengerechtigkeit bei den Abwassergebühren ist Thema der aktuellen Kommunalpolitik der UWG Rommerskirchen.

In der Kreistagsfraktion wird die UWG Rommerskirchen durch die sachkundigen Bürger Willi Feil und Mathias Leufgen vertreten.

Das Interview führte Friedhelm Leese und Jürgen Güssen.



Antrag : 10% Kostenbeitrag für private Aussteller Kreis entwickelt nun ein Konzept für

Die Kreistagsfraktion hatte im Frühjahr für den Kulturausschuss folgenden Antrag gestellt :

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bei Veranstaltungen mit Dritten einen 10%igen Kostenbeitrag von den Einnahmen für die Überlassung der Räumlichkeiten zu erheben.

Bei Veranstaltungen, die in Kooperation mit anderen Institutionen realisiert werden, gehen die jeweiligen Eintrittsgelder an die Partner. Trotz der finanziellen Beteiligung und eines gewissen Risikos dieser Partner, ist es berechtigt, einen Aufwendungsbeitrag von 10% der Einnahmen zu erheben, da seitens des Kreises Kosten für Räumlichkeiten, erhöhten Reinigungsbedarf und ggf. Personal entstehen. Hierdurch kann die Einnahmesituation im Haushalt verbessert werden.

Angemerkt !

Immer noch keine Antwort der Frau Bundeskanzlerin Merkel

Im Juni 2006 hatte **Die Aktive** eine Unterschriftenaktion gegen die Darstellung der Grundwasserproblematik im Rhein-Kreis Neuss von Herrn Landrat Patt im Rahmen des Energie-Gipfels in Berlin initiiert.

Fast 1000 Bürger beteiligten sich mit Ihren Unterschriften an der Aktion und baten die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, um Hilfe.

Jetzt, fast 5 Monate später, liegt noch immer keine Antwort aus dem Bundeskanzleramt vor.

Die email-Anfrage an den Petitionsausschuss im August 2006 blieb unbeantwortet.

Eine telefonische Anfrage von Gabrielle Dietrich im Bundeskanzleramt Anfang September ergab, dass das auch noch dauern kann, man bat noch um etwas Geduld. Da jeden Tag Hunderte von Briefen, Faxen und E-



Nun wurde der Antrag von der Verwaltung zurückgestellt, da derzeit ein neues Konzept zur Überlassung und Kostenbeteiligung von privaten Ausstellern in Räumlichkeiten der Rhein-Kreis-Neuss erarbeitet wird.

Da darf man natürlich fragen, war unsere Antrag etwa der Auslöser des neuen Konzeptes ?

Jürgen Güssgen

mails an die Kanzlerin gerichtet würden, könnte die Beantwortung durchaus mehrere Wochen, gar Monate dauern. Möglicherweise wäre das Anliegen aber auch an das zuständige Ministerium weitergeleitet worden.

Nun weitere zwei Monate später gibt es noch immer keine Antwort von der Bundeskanzlerin bzw. unserer Bundesregierung zu dem drängendsten Problem des Rhein-Kreis Neuss, deshalb hat **Die Aktive** nun neuerlich an die Kanzlerin geschrieben.

Wir bleiben am Ball !

Gabrielle Dietrich

Meine Meinung



Gabi Dietrich,
Stellv. Fraktions-
vorsitzende der
Kreistagsfraktion.
UWG / Die-Aktive

Noch keine Grundwasserproblem-Lösung in Sicht

Nun beginnt wieder die Zeit des jahreszeitlich bedingten Grundwasseranstieges. Damit stehen wieder tausende von Bürgerinnen und Bürgern (4659 Immobilien in Korschenbroich, 1990 in Kaarst, 660 in Gohr (gutachterlich belegt) alleine mit ihrem Problem da. Wieder fragen sich viele Hausbesitzer, ob sie wohl dieses Jahr wieder Wasser im Keller haben werden und wie sie damit umgehen sollen. Wieder hoffen viele Menschen, dass dieses Jahr das Grundwasser noch nicht den Stand erreicht, dass ihre Häuser vernässt werden.

In den kommenden Monaten soll das Landeswassergesetz NRW überarbeitet werden. Wir fordern und erwarten, dass dann auch der Mensch berücksichtigt wird. Es kann nicht sein, dass in einer Gegend, in der es Grundwasser im Überfluss gibt, die Häuser und damit die Existenz vieler Bürgerinnen und Bürger unbeachtet bleiben.

Wir fordern eine Begrenzung des Grundwasserwiederanstieges auf 3 m unter Flur (Bemessungsgrundwasserstand), wie es auch in anderen Teilen der Bundesrepublik umgesetzt wird. Wir fordern das gleiche Recht auch für die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Kreis Neuss.

Am 21.12.2006 wird ein Termin mit Herrn Landtagsabgeordneten Lienenkämper (CDU) und Frau Fasser (Ausschussvorsitzende Umwelt) stattfinden, um unserem Anliegen noch einmal Aus- und Nachdruck zu verleihen.

Gabrielle Dietrich

Da war doch noch was ?

Antrag : Sitzungsbeginn erst ab 16.00 Uhr

Über diesen Antrag wird der Landrat in der Kreistags-sitzung im Dezember abstimmen lassen. Gebunden ist er an diese Entscheidung nicht. Allein der Landrat legt den Sitzungsbeginn fest.

Hier noch einmal der Antragstext:

Die Fraktionen *Bündnis 90 / DIE GRÜNEN*, die F.D.P. und die UWG / *Die Aktive* beantragen, den Beginn der Ausschusssitzungen in Zukunft auf 16 Uhr zu terminieren.

Ausgenommen hiervon bleiben Kreistag und Kreis-ausschuss.

Begründung :

Durch den frühen Beginn der Ausschusssitzungen um 15 Uhr, ist es vielen berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Kreis Neuss kaum möglich an den Sitzungen teilzunehmen.

Wir möchten, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger

aktiv mit der Kreispolitik beschäftigen und in den Ausschüssen mitarbeiten können.

Dazu ist es dringend geboten, der unterrepräsentierten Gruppe der nichtselbstständigen Berufstätigen die Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

In vielen Betrieben wird es trotz gesetzlicher Regelung nicht gerne gesehen, wenn der Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz vorzeitig verlässt, damit er um 15 Uhr einen Ausschuss wahrnehmen kann.

Ein späterer Beginn würde die Situation deutlich entschärfen.

Die beantragenden Fraktionen vertreten die Ansicht, dass die Kreispolitik gestärkt wird, wenn in Zukunft mehr Arbeiter und Angestellte in den Ausschüssen die Politik des Rhein-Kreis Neuss mitgestalten können.

Auf Doppelmandate können wir in Abwägung unterschiedlicher Ziele keine Rücksicht nehmen, da es für Ausschüsse Vertreterregelungen gibt.

Kreistag und Kreis-ausschuss bleiben wegen des Umfangs der Tagesordnungen hiervon ausgenommen.

Über den Antrag soll in der Junisitzung des Kreistages beraten werden. Die SPD hat bereits Ablehnung signalisiert.

Güsgen

Besuchen Sie uns auch unter :

www.uwg-dieaktive.de

Impressum :

Kreistagsfraktion UWG / Die Aktive

Geschäftsstelle , Lindenstraße 20, 41515 Grevenbroich

Tel 02181-2131 770
Fax 02181-2131 771
Mail fraktion@uwg-aktive.de

Fraktion UWG/Die-Aktive, Lindenstraße 20, 41515 Grevenbroich



Aktuelle Termine :

November

02.11.2006	Donnerstag	Planungs-Ausschuss
07.11.2006	Dienstag	Sitzung Kreistagsfraktion
07.11.2006	Dienstag	Sprechstunde
08.11.2006	Mittwoch	Rechnungs-Ausschuss
09.11.2006	Donnerstag	Jugendhilfe-Ausschuss
13.11.2006	Montag	Kultur-Ausschuss
14.11.2006	Dienstag	Sitzung Kreistagsfraktion
14.11.2006	Dienstag	Nahverkehrs-Ausschuss
15.11.2006	Mittwoch	Kreis-Ausschuss
20.11.2006	Montag	Schul-Ausschuss
21.11.2006	Dienstag	Personal-Ausschuss
21.11.2006	Dienstag	Sprechstunde
27.11.2006	Montag	Finanz-Ausschuss
28.11.2006	Dienstag	Sprechstunde

Dezember

04.12.2006	Montag	Kranken-Ausschuss
05.12.2006	Dienstag	Arbeitskreis-Soz
05.12.2006	Dienstag	Sprechstunde
07.12.2006	Donnerstag	Sozial-Ausschuss
12.12.2006	Dienstag	Sitzung Kreistagsfraktion
13.12.2006	Mittwoch	Kreis-Ausschuss
19.12.2006	Dienstag	Sitzung Kreistagsfraktion
19.12.2006	Dienstag	Sprechstunde
20.12.2006	Mittwoch	Kreistag

Die Sprechstunden finden jeweils von
18.00—19.00 Uhr in Grevenbroich,
Lindenstraß 20 statt.